

Orientierendes Referat von Herrn Bundesrat F.T. Wahlen

mit Hilfe unserer Botschaft durchführt, tut not. Darüber hinaus ist dem Umstand Beachtung zu schenken, dass das Bankengeheimnis sich nicht nur auf die soliden und verantwortungsbewussten Schweizerbanken bezieht, sondern auch die Niederlassungen oft zweifelhafter ausländischer Banken in Manipulationen schützt, für die es nicht geschaffen wurde.

Eine neue Quelle von Schwierigkeiten erwuchs uns aus den verschiedenen Aspekten des Problems, das gemeinhin unter dem Begriff der "Ueberfremdung" zusammengefasst wird: Grundstückkäufe durch Ausländer, wirtschaftlich und währungspolitisch unerwünschter Zustrom von "hot money", dann ganz besonders das Fremdarbeiterproblem und das Unbehagen in Genf über die Zunahme der Zahl internationaler Funktionäre mit ihren Privilegien. Wir haben auf all diesen Gebieten legitime Sorgen, die bei objektiver Darstellung auch im Ausland begriffen würden. Es gibt aber in allen diesen Fragen einen Punkt, von dem aus wir nicht mehr verstanden werden, und das ist der Punkt, von dem an eine gerechtfertigte Sorge um eine Entwicklung, die wir selbst gewollt und selbst gefördert haben, in eine primitive Xenophobie umschlägt. Herr Wahlen braucht der Kommission keine Einzelheiten in Erinnerung zu rufen. Der Höhepunkt der Kampagne gegen das Italiener-Abkommen ist überschritten, und der Bundesrat ist mit der nicht leichten Aufgabe beschäftigt, die Reduktion der Zahl der Gastarbeiter mit den Erfordernissen der Wirtschaft in Uebereinstimmung zu bringen.

Einer etwas ausführlicheren Behandlung bedarf der Fall Genf. Sie gibt gleichzeitig Gelegenheit, die Kommission über die Entwicklungen der Sitzfrage der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development: UNCTAD) zu informieren. Die erste Konferenz dieser neuen Institution der UNO wurde 1964 in Genf durchgeführt. Die Schweizerische Delegation spielte dabei eine recht bedeutende und konstruktive Rolle, besonders beim Ausgleich und der Vermittlung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Die Sitzfrage des Sekretariates der UNCTAD wurde erstmals im Koordinationskomitee der OECD, also unter Industriestaaten erörtert. Die USA meldeten unter Hinweis auf Koordinationsgründe den Anspruch für New York an, der indessen wenig Gefolgschaft fand. Die Mehrheit sprach sich für Genf aus, doch machte schon in diesem Zeitpunkt Italien ein Angebot für Rom. Die Schweiz vertrat keinen nationalen Standpunkt, sondern begnügte sich mit einer allgemeinen Erklärung des Inhaltes, ausschlaggebend für die Wahl sei einzig, dass das Sekretariat dort errichtet werde, wo die besten Voraussetzungen für ein gedeihliches Wirken und die notwendige Koordination gegeben seien. Bei der ersten Session des Welthandels und Entwicklungsrates vom 5. - 30.4.1965 stand die Sitzfrage nicht auf der Traktandenliste. Es kam aber zu einem Resolutionsentwurf der Entwicklungsländer mit dem Vorschlag für Genf. Am 23. April formalisierte Italien sein Angebot mit einem Schreiben, worin Rom vorgeschlagen wird, falls die gegenwärtigen Schwierigkeiten Genf an der Uebernahme verhindern sollten. Am 28. April fasste der Rat eine einstimmige Empfehlung über die Errichtung des ständigen Sitzes des Sekretariates in Genf. Bei dieser Lage führte das FIPOI-Referendum zu einer grossen Beunruhigung, ja Konsternation in New York, und zahlreiche Staaten, insbesondere die Entwicklungsländer stellten die Frage, ob die





Schweiz nicht länger gewillt sei, ihre traditionelle Rolle als Gastland zu spielen und ob sich ihre Haltung gegenüber den internationalen Organisationen geändert habe. Angesichts dieser für das internationale Ansehen unseres Landes bedenklichen Auseinandersetzung gab die Schweizerische Delegation eine Erklärung ab, wonach der Bund und die Genfer Behörden alles in ihrer Macht liegende unternehmen werden, um die Aufnahme des Sekretariates zu erleichtern. Die durch diese Entwicklung geschaffene Unsicherheit wurde in der Folge durch Italien in - man kann schon sagen - unfairer und für ein befreundetes Land befremdlicher Weise ausgenützt. Herr Wahlen konnte sich von diesen italienischen Demarchen anlässlich seines Ferienaufenthaltes in Mexiko ein Bild machen, als ihm der mexikanische Aussenminister erklärte, er könne nicht verstehen, weshalb die Schweiz ihre Haltung gegenüber den internationalen Organisationen geändert habe. Wie es sich herausstellte, beruhte diese irri- gere Meinung auf einer diesbezüglichen Äusserung des italienischen Bot- schafters in Mexiko, die natürlich auf Instruktionen aus Rom erfolgt ist. Die Italiener agieren mit Hinweisen auf die in Genf herrschende Xenophobie und halten auch nicht davon zurück, unter Benützung einiger Zwischenfälle mit Chauffeuren von farbigen Delegationen in Genf von Rassendiskriminierung zu sprechen, was unsnatürlich gerade bei den Entwicklungsländern grossen Schaden zufügen kann. Damit ist für uns die Frage auf eine ganz andere Ebene geraten, Es geht nunmehr um die Ein- leitung einer Entwicklung, die der schweizerischen Stellung äusserst abträglich werden könnte, namentlich um die Gefahr einer Abwanderung internationaler Organisationen aus Genf. Italien unterbreitet heute Angebote für den Sitz des Sekretariates UNCTAD und des BIT in Rom zum symbolischen Mietzins von 1  $\text{fr}$  pro Jahr. Demgegenüber ist im Entwurf zu einem Abkommen mit der internationalen Arbeitsorganisation ein schweizerisches Darlehen in der Höhe von 75 Millionen Franken verzins- lich mit 3% und mit einer Rückzahlung durch gleiche Annuitäten innert 40 Jahren vorgesehen, was einer jährlichen Belastung des Budgets der internationalen Organisationen mit ca. 800'000  $\text{fr}$  entspricht. Unter diesen Umständen hat der Bundesrat mit dem Genfer Staatsrat Fühlung genommen, und Herr Wahlen hat eine Delegation der Genfer Vigilants emp- fangen. Im Anschluss an diese positiv verlaufenen Aussprachen, bei denen auch von einer Plafonierung auf 200 Beamte des neuen Sekretariates abgegangen worden ist, hat der Bundesrat eine Mitteilung erlassen, worin er seine Bereitschaft bestätigt, die Einrichtung des Sekretariates der UNCTAD in Genf und die Erfüllung seiner Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen traditionsgetreu zu erleich- tern. Dieses Memorandum ist auf diplomatischem Wege sämtlichen 55 Ratsländern zugestellt worden. Die zweite ordentliche Ratssitzung findet gegenwärtig in Genf statt, und es kann festgestellt werden, dass die italiensichen Demarchen grossen Schaden angerichtet haben. Auf dem Hintergrund der Genfer Kontroversen, die sich immer noch in der Presse widerspiegeln, hat sich gezeigt, wie labil das Tabu "Sonderfall" Schweiz bei den Entwicklungsländern verankert ist. Von den 55 Ratsmitgliedern gehören 31 den Entwicklungsländern an, die bestrebt sind, ihre ge- schlossene Front durch Herbeiführung der Einstimmigkeit um jeden Preis zu bewahren. Es besteht somit die Gefahr, dass den Tendenzen einiger weniger extremer Vertreter dieser Gruppe, (z.B. Tansania) die sich für Rom aussprechen, von den übrigen im Interesse der Aufrechterhaltung der



Geschlossenheit gefolgt werden könnte. An der jetzigen Tagung wurde die Resolution gefasst, dass das Sekretariat provisorisch in Genf bleibt. Verschiedene Hauptstädte wie New York, Rom, Addis Abeba, Lagos und London wurden aber als neue Nominierungen genannt. Genf wird vielleicht obenaufschwimmen. So bleibt der Ausgang noch ungewiss. Wir können hier auch die Folgen einer Referendums - Demokratie, die als übertrieben empfunden wird, erkennen. Wenn das ganze Schweizervolk an die Urnen gerufen wird, um über die Art des Pastmilchverkaufs oder die Höhe der Taggelder der Nationalräte zu entscheiden, mag man lächeln, aber man wird dafür Verständnis aufbringen. Wenn es aber in einem Wahlgang um 50'000 Franken Kantonsleistung an eine Stiftung für die Unterbringung internationaler Organisationen geht, da hören Lächeln und Verständnis auf. Und wenn schliesslich Steuererhöhungen für die so notwendige Verbesserung der Infrastruktur in einem Kanton, der die geringste Steuerbelastung aufweist, unter Hinweis auf die Steuerprivilegien internationaler Funktionäre, verworfen werden, dann wird das als Ausdruck einer wachsenden Feindseligkeit gegen internationale Organisationen, ja geradezu als Xenophobie empfunden. Die Konsequenzen dieser Entwicklung trägt nicht allein Genf, sondern es geht gleichzeitig um das internationale Ansehen unseres Landes und seine aussenpolitische Stellung. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Gefahren eines Ausbaues des Staatsvertragsreferendums hinzuweisen. Dies könnte zu einer Handlungsunfähigkeit des Bundes in internationalen Verhandlungen führen.

Zum Abschluss der negativen Seite der Bilanz noch ein Hinweis auf die rein menschliche Seite. Sie wurde am Auslandschweizertag in Solothurn ausgiebig besprochen. In den Fragebogen, die zum Hauptthema der Tagung "die Präsenz der Schweiz" verteilt worden waren und in mehreren Referaten von Auslandschweizern wurde u.a. gesagt, wir seien nach Auffassung des Auslandes überheblich, von einem zunehmenden unverantwortlichen Materialismus erfasst; unser Wohlstand verderbe unsere guten Sitten; wir seien selbstgefällig; das Land sei zwar geordnet, leide aber unter bürokratischer Phantasielosigkeit; wir seien kleinlich, pedantisch; auffallend sei der Zerfall der Familien usw. Interessant ist im Bericht des von Herrn Wahlen nach Solothurn delegierten Beobachters der Hinweis, am wenigsten scheine unser Ruf in der Bundesrepublik gelitten zu haben. Das mag davon herrühren, dass wir z.T. an den gleichen Uebeln erkranken.

Wie die Kommission gehört hat, ist das Inventar an Negativem, das Herr Wahlen präsentiert, nicht erfreulich. Eine richtige Bilanz, die auch die positiven Seiten enthalten müsste, wäre sicher ermutigender. Aber es geht uns hier im Sinne der dritten Frage des Fragestellers in der nationalrätlichen Kommission um die Massnahmen, die Verbesserungen herbeiführen können. Die Vorkehren interner Art würden Stoff zu einem Referat für sich liefern. Herr Wahlen übergeht sie, um sich auf die Massnahmen zu beschränken, die unsere Präsenz im Ausland verstärken können.

Diese Aufgabe fällt in erster Linie unseren Vertretungen im Ausland zu, und da spielen natürlich nicht nur ihre Zahl, sondern auch die Qualifikationen des diplomatischen und konsularischen Corps, das Geschick und die Hingabe, mit denen die Arbeit ausgeführt wird, eine grosse Rolle. Was die Dichte unserer Vertretungen betrifft, so hat sich im letzten Vierteljahrhundert ein sehr grosser Wandel vollzogen.